

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/44. Jahrgang

April 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

Straßenbeiträge: Nichts bestellt, aber zahlen 1,5 Millionen Euro verlangt die Stadt von den Anliegern

„Wer bestellt bezahlt“ – dieser im Privat- und Geschäftsleben selbstverständliche Grundsatz wird im Verhältnis Stadt – Bürger auf den Kopf gestellt. Hier gilt: Der Magistrat bestellt, der Bürger zahlt. In den letzten Jahren wurde die Gießener Innenstadt aufwendig umgestaltet. Die Anwohner wurden nicht gefragt, ob sie

das wollen. Jetzt aber werden sie zur Kasse gebeten. 75% der Kosten von 2 Millionen Euro sollen auf die dortigen Haus- und Wohnungseigentümer umgelegt werden. Auf viele kommen vierstellige Beträge zu. Besonders frech ist die Einstufung als „Anliegerstraße“, wodurch die Zahlungen besonders hoch werden. Die Innenstadt wird nicht vorwiegend von den Anwohnern genutzt, sondern von fast allen Gießenern und vielen Besuchern von außerhalb.

Ähnliches kommt auf die Anwohner der Ringallee zu. Dort wird die Straße wegen der Landesgartenschau für viel Geld umgebaut. Die Anwohner haben davon nichts, sie haben viel Ärger bei

den Baumaßnahmen, verlieren Parkplätze – und während der Gartenschau steht ihnen ein unruhiges Jahr bevor. Zahlen müssen sie trotzdem. Die Straßenbeitragsatzung ist grundsätzlich abzulehnen. Sie führt dazu, daß der Magistrat bedenkenlos Luxusanierungen in Auftrag geben kann, für die sich Anlieger verschulden müssen. Wer Wohneigentum zur Alterssicherung angeschafft hat, aber sonst kein Vermögen und ein niedriges Einkommen hat, kann dadurch in nicht mehr abtragbare Schulden geraten. Straßenerneuerung ist normale Aufgabe von Kommunen, die aus Steuergeldern bezahlt werden muß.

Gernot Linhart



In 70 Städten (Foto: Römerberg in Frankfurt) fanden wieder Ostermärsche gegen imperialistische Angriffskriege, Rüstungsexporte und den Einsatz von Kampfdrohnen statt. 6540 deutsche Soldaten sind derzeit in Auslandseinsätzen am Horn von Afrika, im Mittelmeer, Kosovo, Türkei, Mali, Sudan, Kongo, Uganda und Afghanistan. – Bereits am Ostersonntag waren Gießener Friedensgruppen auf dem Kirchenplatz aktiv (Foto unten).



Die LaGa-Despotin: mein Wille geschehe!

Die Dreistigkeit, mit der sich Bgm. Weigel-Greilich über Beschlüsse und Bürgerwille hinweg- und ihren Kopf durchsetzt, ist nicht mehr zu überbieten. Jüngstes Beispiel: die Zuschüttung der Unterführung in der Ostanlage, damit die LaGa-Bimmelbahn die Fahrbahn überqueren kann. Insgesamt an die 500.000 Euro wird dieser Unsinn kosten, der von fast 90% der Bevölkerung abgelehnt wird. Am perfidesten sind die Rodungen am Schwanenteich. 3600 Gießener Wahlberechtigte hatten mit ihrer Unterschrift ein Bürgerbegehren gefordert hatten, damit der Schwanenteich einschließlich Ufer und Bewuchs

so erhalten bleibt, wie er ist. Das mußte verhindert werden. Im November faßte das Stadtparlament einstimmig einen Beschluß, der genau den Forderungen des Bürgerbegehrens entsprach, d.h. in den nächsten

(Fortsetzung auf Seite 3)

Inhalt:

Nazis im Gießener Parlament/Korea	S.2
Kifög/LaGa/Abwassergebühren	S.3
Tarifrunden (Handel, ÖD...)	S.4
Agenda-Koalitionäre/Uniklinik	S.5
DKP-Parteitag/Was ist los in Eritrea	S.6
SDAJ: Viva Cuba Socialista	S.7
Termine	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Die Nazis im Gießener Stadtparlament

68 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus legte der Magistrat - auf Antrag der Fraktion Die Linke - einen „Zwischenbericht“ über die NS-Vergangenheit der Gießener Stadtverordneten und Magistratsmitgliedervor. Von den insgesamt 239 Mandatsträgern (bis 1990) sind 92 vor 1927 geboren, davon wiederum waren 40 (44%) Mitglied der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation, darunter auch die beiden OB Hugo Lotz und Wilhelm Runtsch, beide CDU. Nazis waren in allen Parteien – mit Ausnahme der KPD. Die nackten Zahlen sagen jedoch wenig; am meisten (13) waren in der SPD, die stellte jedoch in den Nachkriegsjahren auch mit Abstand die größte Fraktion. Daß die NPD mit nur 2 ehemaligen NS-Mitgliedern vertreten ist, trügt: sie hatte

auch nur 2 Stadtverordnete (von 1968 – 1972), also 100%.

Diesem Bericht, der jedoch „weder vollständig noch einfach zu interpretieren“ sei, ist ein umfangreicher Katalog mit noch zu berücksichtigenden Fragen angehängt; die Untersuchungen können sich also noch lange hinziehen – bis auch der letzte gestorben ist. Für Gießen besonders interessant dürfte Wilhelm Runtsch (geb. 1921) sein, der 1944 in die NSDAP eintrat und seiner Gesinnung treu blieb: er war Mitglied des neofaschistischen Witi-ko-Bundes (quasi eine Nazi-Elite-

wurden und hohe und höchste Funktionen innehatten, ist bekannt. Man denke an Kanzler Kiesinger, Mitarbeiter in Goebbels Propagandaminis-



Truppe) und Anhänger der antisemitischen und die NS-Verbrechen verharmlosenden „Nationalzeitung“. (s. Gießener Echo April 1975, "Der Radikale im Tiefbauamt"). Daß nach dem Krieg die alten Nazis wieder in alte Positionen gehievt

terium, an Bundespräsident Carstens, an den Blutrichter und späteren Ministerpräsidenten Filbinger oder an den Kommentator der Nürnberger Rassegesetze Hans Globke, bis 1963 als Staatssekretär engster Mitarbeiter Adenauers.

Die Option eines faschistischen Deutschland als Herrschaftsform des Kapitalismus wird offen gehalten. Unter Bruch des Grundgesetzes (nach Artikel 139 müßten alle Nazi-Organisationen verboten sein) werden faschistische Organisationen wie die NPD geduldet und finanziert – mit Unterstützung des „Verfassungsschutzes“.

Erika Beltz

Nord-Korea: Wieder Krieg?

... Die Bedrohung Nordkoreas ist real. Seit US-geführte Truppen vor 60 Jahren unter falscher UNO-Flagge das Land in die Steinzeit bombten in einem Krieg, der drei Millionen Menschen das Leben kostete und geführt wurde, um die Vereinigung des Landes zu verhindern, hat keine Regierung in Washington auch nur einen Hehl aus ihrer Absicht gemacht, diesen Staat, von dem umnachteten Georg W. Bush zum Bestandteil einer „Achse des Bösen“ erklärt, zu eliminieren. Bis heute sind 28.000 GIs ständig in Südkorea stationiert, alljährlich führen die US-Armee und die südkoreanischen Streitkräfte große, bis zu Monaten dauernde Manöver durch, in die sämtliche Teilstreitkräfte sowie Tausende Reservisten einbezogen sind. Es geht nicht um

einen angenommenen Feind, es handelt sich offen ausgesprochen um Übungen für einen Krieg mit dem Norden. Beim diesjährigen Manöver, das schon seit Wochen andauert, setzte die Air Force noch eins drauf: Mehrere Male simulierte ein US-Tarnkappenbomber in unmittelbarer Nähe zur Demarkationslinie zwischen den beiden koreanischen Staaten den Abwurf einer Atombombe. Am 28. März wurden zwei weitere Bomber vom Typ B2, die je 16 Kernsprengköpfe tragen können, nach Südkorea geschickt, um ebenfalls den Atombombenabwurf zu üben. Wem die Reaktion Pjöngjangs auf diese Aggressionen zu schrill klingt, möge sich an die Reaktion Washingtons auf die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba als Antwort auf die US-Raketen

in der Türkei vor etwas über 50 Jahren erinnern. Die Welt stand am Rande eines Atomkrieges. Was jetzt nötig ist, sind wirklich gleichberechtigte Gespräche mit dem Ziel, die Blockade zu beenden und endlich nach 60 Jahren einen Friedensvertrag zustande zu bringen, der die KDVR ihren Bestand und ihre Souveränität garantiert. Die Aggressionen gegen Nordkorea müssen eingestellt, Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone auf der koreanischen Halbinsel aufgenommen werden. Das hieße dann auch, die imperialistische Einkreisung Chinas durch die USA zu beenden, deren Teil die aggressive Politik gegen Nordkorea ist.

Manfred Idler
(aus: UZ – Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP vom 5. April 2013)

Weg mit dem Kinderförderungsgesetz

Das Aktionsbündnis „Kifög – so nicht“ hatte im März hessenweit zu Protestaktionen aufgerufen. In Wiesbaden demonstrierten 1500 Menschen nahe des hessischen Landtags, während die Anhörung des Sozialausschusses zu dem Gesetzesentwurf stattfand. Zum Abschluss der Demonstration



25.2.: Demo vor der Kongreßhalle

tion wurde eine Petition mit 125 000 Unterschriften aus ganz Hessen gegen das Gesetz übergeben. Auch vor der Kongreßhalle in Gießen demonstrierten 400 gegen dieses Gesetz, darunter zahlreiche Kita-Kinder lautstark mit Trillerpfeifen. Gleichzeitig wurde der Gesetzesentwurf im Gießener Stadtparlament mit den Stimmen von SPD, Grünen, Freien Wählern, den Piraten, dem Linken Bündnis und der Partei Die Linke abgelehnt. Nicht nur DKP und DGB

– auch die SPD forderte einst, daß zumindest das letzte Jahr in der KiTa im Sinne der Vorschulerziehung beitragsfrei sein müsse – im Rahmen der kommunalen Kürzungen wegen des Rettungsschirms wurden in Gießen und anderen Gemeinden dann aber die Beiträge erhöht.

Auch in vielen weiteren hessischen Städten fanden Demonstrationen statt; allein 5000 TeilnehmerInnen in Frankfurt und weitere Tausende in Kassel, Marburg, Darmstadt. Der neue Gesetzesentwurf stellt nicht die bestmögliche Bildung und Betreuung

der Kinder in den Vordergrund, sondern rein finanzielle Aspekte zu Lasten der Erzieherinnen und Erzieher, der Kinder und Eltern: Vergrößerung der Gruppen, Einstellung von 20 % nicht pädagogisch ausgebildeten Kräften, kürzere Öffnungszeiten, befristeter Verträge und die Erschwerung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund bzw. mit besonderem Förderbedarf – deshalb: Weg mit dem Gesetzesentwurf !!!
Sabine Albrecht

Abwassergebühren – die Stadt zockt ab

Die Abwassergebühren in Gießen wurden jetzt deutlich erhöht - obwohl die Mittelhessischen Wasserbetriebe in den vergangenen Jahren satte Gewinne gemacht haben und Millionenbeträge an die Stadtkasse abführen. Zusätzlich zu den bisherigen Gebühren wird eine Grundgebühr eingeführt. Begründet wird die Erhöhung mit einem durch einen Rechenrick herbeigeführten Fehlbetrag. Die Rechenkünstler der Stadt berechnen für das Eigenkapital der Betriebe einen Zinssatz von 6% und kommen so auf einen jährlichen Fehlbetrag von 1,1 Millionen Euro. Die Wasserwerke zahlen aber keine Zinsen, das Eigenkapital wurde durch Gebühren erwirtschaftet. Wir sollen also für Geld, das wir selbst schon bezahlt haben, auch noch Zinsen abführen. Dem Rettungsschirm sei's gedankt – wir zahlen und zahlen, damit der Magistrat weiterhin mit vollen Händen das Geld aus dem Fenster werfen kann. G. Linhart



LaGa: Umweltverbände verlassen Runden Tisch

„Runden Tisch macht mit den Bedrängern...“ – nach diesem Motto versuchten Gießener Umweltverbände, unter anderem BUND, NABU und HGON, die Landesgartenschau kritisch zu begleiten. Sie wollten das Schlimmste verhindern und ließen sich auf eine regelmäßige Gesprächsrunde mit Magistrat und den LaGa-Machern ein. Jetzt reicht es ihnen, sie haben die Zusammenarbeit aufgekündigt und den Runden Tisch verlassen. In Presserklärungen begründeten sie ihre Absage mit den letzten Abholzungen rund um den Schwanenteich, mit denen der Lebensraum des Teichhuhns und anderer Wasservögel nachhaltig zerstört wurde. „Diese Landesgartenschau hat mit Natur nichts zu tun“ – das ist die Erfahrung, die Natur- und Umweltschützer mit den Gestaltern der LaGa gemacht haben. G.L.

(Fortsetzung von Seite 1)

Die LaGa-Despotin

drei Jahren keine Veränderungen vorzunehmen. Damit sei das Bürgerbegehren hinfällig, weil "vollinhaltlich erfüllt". Im Februar wurden - entgegen diesem eigenen Beschluß - gerodet und der gesamte Bewuchs bis auf wenige Ausnahmen radikal entfernt. Das angerufene Verwaltungsgericht meinte dazu lapidar, das Bürgerbegehren sei nun "verbraucht" und könne nicht mehr Gegenstand sein. Ober- und Bürgermeisterin - von der BI zur Stellungnahme aufgefordert - behaupten

dreist, diese „Gehölzpflege“ stehe nicht im Widerspruch zum Bürgerbegehren.

Die BI hat Anzeige beim Hessischen Ministerium für Umwelt erstattet; weitere Schritte wie Dienstaufsichtsbeschwerden folgen.

In einer repräsentativen Umfrage des Gießener Anzeigers Mitte März lehnt eine breite Mehrheit der Gießener Bevölkerung die LaGa ab. Rechnet man die Gleichgültigen (fast ein Fünftel) heraus, sind 54% dagegen – vor einem Jahr war das Ergebnis noch umgekehrt.
Erika Beltz

Tarifrunde Einzelhandel: Unternehmer suchen Machtprobe

Mit einem Paukenschlag hat die Tarifrunde im Einzelhandel begonnen. In einer bundesweit abgestimmten Aktion haben die Unternehmer in allen Bundesländern (außer Hamburg) die Manteltarife sowie die Gehalt- / Lohnverträge gekündigt. Ziel der bisher einmaligen Kündigungen ist es, die Tarifverträge zu „modernisieren“ bzw. „alte Zöpfe“ abzuschneiden.

Mich wundert das Vorgehen der Einzelhandelsverbände nicht; hat doch verdi gemeinsam mit den Verbänden jahrelang (gegen den Widerstand vieler Betriebsräte und ehrenamtlicher Kolleginnen und Kollegen!) versucht,

einen neuen Entgeltstarifvertrag zu vereinbaren. Während verdi annahm, dass durch einen neuen „fairen“ Tarifvertrag sich die Einkommenssituation für viele Beschäftigte verbessern würde, wollten die Unternehmer genau das Gegenteil: Absenkung der Tarife!

Dieses Projekt ist endlich gescheitert! Und das ist auch der Hintergrund der diesjährigen Tarifrunde. Ziel von verdi ist es, den Manteltarifvertrag mit vielen erkämpften Standards in seiner jetzigen Form zu halten.

Im Lohn- / Gehaltsbereich geht die Tarifkommission Hessen mit der Forderung 1 Euro mehr pro Stunde in die

Auseinandersetzung. Die Konferenz der hessischen Betriebsräte mit Demo in Frankfurt am 9. April wird der Auftakt zu vielen Kampfmaßnahmen sein.

Denn alle Tarifabschlüsse der letzten Jahre konnten nur durch massive Streiks durchgesetzt werden.

Zur Zeit werden in vielen Betrieben des Einzelhandels die Beschäftigten in verdi organisiert. Denn nur wer am 30. April 2013 Mitglied von verdi ist, hat Anspruch auf die Nachwirkung der Tarifverträge!

Helmut Appel

Mitglied der Tarifkommission Einzelhandel Hessen

Tarifabschluß öffentlicher Dienst: Unzureichend



Als am 6. März 500 Beschäftigte des Landes Hessen für ihre Forderungen nach 6,5% mehr Geld in einem Warnstreik durch Gießen demonstrierten (Foto) war die Stimmung kämpferisch. Überzeugend wurde in den Redebeiträgen dargelegt, wie berechtigt diese Forderung ist. Um so ernüchternder der unvermittelte Abschluß nur wenige Tage später: nur 2,65% ab 1.1.13, weitere 2,95% ab 1.1.14, das ist weniger als die Hälfte der Forderung und nicht viel mehr als ein Inflationsausgleich. Da Hessen – als einziges Bundesland - nicht in der Tarifgemeinschaft der Länder, ist dieser Abschluß hier noch nicht gültig. Innenminister Rhein hat bereits auf die „Schuldenbremse“ in der Hessischen Verfassung verwiesen.

Genau wie im vergangenen Jahr, als die Kolleginnen und Kollegen von Bund und Kommunen in kämpferischen Warnstreiks für eine kräftige Tarifierhöhung auf die Straße gingen, wurde

abgeschlossen, ohne die vorhandene Kampfkraft zu nutzen. Das schadet nicht nur den Beschäftigten sondern auch den Gewerkschaften.

Wir sind solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen der IG Metall, der

BCE und der anderen Branchen, die in diesem Jahr in Tarifaueinandersetzungen stehen. Wir wünschen ihnen die hierfür notwendige Entschlossenheit, die sie auch ihren Funktionären vermitteln sollten.

Während die Profite sprudelten, sind in den vergangenen 12 Jahren die Löhne real um 1,8% gesunken – und damit auch die Kaufkraft.

Im gleichen Zeitraum stiegen die Einkommen aus Vermögen und Unternehmensgewinnen um 50%! Trotz Wirtschaftskrise!

Aber auch die Streikbereitschaft ist gewachsen: 1,2 Millionen Beschäftigte haben im vergangenen Jahr gestreikt, das ist mehr als das Sechsfache im Vergleich zum Vorjahr.

Michael Beltz



Agenda-Koalitionäre Lambsdorf - Schröder - Schäuble

Hugo Müller-Vogg, ultrarechter Bild-Zeitungs-Kolumnist, macht in seinem Kommentar vom 14. März auf gern Vergessenes aufmerksam. Schröders Agenda 2010, die nun das Zehnjährige begeht - wenn auch die SPD nicht recht feiern mag - ist in ihren Kernpunkten bereits im sog. Lambsdorff-Papier von 1982 enthalten:

- Stärkung der Unternehmensprofite
- Senkung der Unternehmenssteuern
- Strikter staatlicher Sparkurs
- Abbau der sozialen Sicherungssysteme
- Begrenzung des Arbeitslosengeldes
- Strengere Zumutbarkeitsregeln für Arbeitssuchende
- Anhebung des Rentenalters
- Ausbau der Selbstbeteiligung bei der Krankenversicherung.

Schröder setzte diese Forderungen des FDP-Marktgrafen 20 Jahre später mit den Grünen durch. Franz Müntefering (SPD) als sog. Sozialminister sattelte noch die Rente mit 67 drauf, diesmal in der Großen Koalition mit der CDU. Die SPD war damit

voll auf neoliberalen Kurs eingeschwenkt. Im Wahlkampf verspricht die SPD-Führung nun einige Schönheitsreparaturen an der Agenda. Selbst das ist nicht gerade glaubwürdig, da Kanzlerkandidat Steinbrück und Fraktionsvorsitzender Steinmeier überzeugte Anhänger des Schröder-Kurses sind. Und pünktlich zum Jubiläum der Agenda 2010 fordert nun Altkanzler Schröder in „Bild“ vom 11. März: „Wir brauchen eine Agenda 2020!“ Also sollen die unsozialen Regelungen zur Anhebung der Kapitalprofite weiter verschärft werden. Ein



ganzer Chor von gut bezahlten Professoren stellt eine Fülle von Forderungskatalogen auf, so nach der Rente mit 70. Natürlich ist das auch Politik der CDU, die für die Zeit nach den Wahlen durch ihren Finanzminister Schäuble ein Sparpapier erarbeitet hat. Das Schäuble-Papier sieht vor, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, die staatlichen Zuschüsse zum Gesundheitsfonds zu kürzen, die Berufstätigkeit der Rentner über 67 hinaus zu verlängern, also die Renten weiter zu kürzen. Man sieht, Schröders Forderung nach der Agenda 2020 stößt auf offene Ohren. Und da feiert sich die Gießener SPD für 150jähriges Bestehen mit „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ und der „Internationale“. Sie reklamiert für sich Wilhelm Liebknecht, als wäre sie noch die revolutionäre Partei August Bebel's. Als Linker ohne SPD-Parteibuch würde man schon gern ein wenig mitfeiern, wenn es sich doch nur um eine soziale Reformpartei handelte. Eine weitere neoliberale Partei ist neben CDU, FDP und Grünen nicht von Nöten.

Klaus Mewes

Lob des Revolutionärs

*Wenn die Unterdrückung zunimmt
werden viele entmutigt
aber sein Mut wächst.*

*Er organisiert seinen Kampf
Um den Lohn Groschen, um das Teewasser
Und um die Macht im Staat.*

Er fragt das Eigentum:

Woher kommst du?

Er fragt die Ansichten:

Wem nützt ihr?

Wo immer geschwiegen wird

Dort wird er sprechen

*Und wo Unterdrückung herrscht
und von Schicksal die Rede ist*

Wird er die Namen nennen.

Wo er sich zu Tisch setzt

Setzt sich die Unzufriedenheit zu Tisch

Das Essen wird schlecht

Und als eng wird erkannt die Kammer.

Wohin sie ihn jagen, dorthin

Geht der Aufruhr, und wo er verjagt ist

Bleibt die Unruhe doch.

Bertolt Brecht

Uniklinikum: viel Ärger und ein Flop

Mit einer neuen Vereinbarung wollten die Landesregierung und die Rhön-Kliniken AG die Zusammenarbeit am Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM) auf eine neue Grundlage stellen. Allerdings ist diese genauso bescheiden wie die alte. Die Regelung für Mitarbeiter, die die Rückkehr in den Landesdienst beantragt haben, hat viele Mitarbeiter erbost. Einige sind empört darüber, daß sie vom Land an das Klinikum verliehen werden sollen und so an ihrem alten Arbeitsplatz bleiben müssen, den sie sehr gerne verlassen hätten. Andere sind empört, daß diese Vereinbarung erst im Nachhinein bekannt wurde, sonst hätten sie die Rückkehroption gewählt. Mit den in den Landesdienst zurückgekehrten Mitarbeitern, deren Verbleib am Uniklinikum von der Geschäftsleitung nicht gewünscht wird, geht die Landesregierung alles andere als fürsorglich um. Sie bieten ihnen Arbeitsplätze an, die sehr weit entfernt oder zeitlich befristet sind, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen. Anscheinend sollen möglichst viele der Betroffenen vergrault werden. Als Flop erweist sich die Zusage der Rhön AG, die Partikeltherapie in Marburg spätestens 2014 in Betrieb zu nehmen. Die Anlage wurde längst an den Hersteller, die Siemens AG, zurückgegeben. Siemens verwendet sie für Test- und Forschungszwecke um so ihre weltweiten Exportvorhaben zu fördern. Sie denken gar nicht daran, die Einrichtung wieder dem Klinikum zu übereignen. Der Rhön-Konzern bleibt wortbrüchig – ein triftiger Grund, die Privatisierung rückgängig zu machen und das UKGM wieder in öffentliche Verantwortung zu bringen. Gernot Linhart

2./3. März in Mörfelden: 20. Parteitag der DKP

Der Parteitag fasste Beschlüsse zu aktuellen Aufgaben wie die Forderung nach der 30-Stunden-Woche, zur Kommunalpolitik einschließlich der Wohnungsfrage. Zur Sprache kamen die für einen großen Teil der Menschen nicht mehr bezahlbaren Mieten neben der Erhöhung von Nebenkosten als zweiter Miete. Mit einem anderen Beschluss wurde eine Teilnahme an den Bundestagswahlen abgelehnt. - In den Diskussionen und weiteren Anträgen ging es um das Profil unserer Partei. Wie gehen wir in Bündnisse, wie tragen wir

zur Stärkung der Einheitsgewerkschaften mit an den Klasseninteressen orientierten Forderungen bei? Heftig gestritten wird um die Imperialismustheorie von Lenin. Der eine oder andere mag sie als überholt ansehen, die neue Mehrheit der Partei wollte sich Lenin nicht nehmen lassen. Die Weltwirtschaft steht unter der Herrschaft der imperialistischen Staaten

mit ihrem Finanzkapital vorwiegend der Banken. Kleine Länder werden finanziell ruiniert und wenn sie nicht parieren, mit Bomben beworfen. Das erfordert Klassenkampf, internationale Solidarität und internationales Agie-

linken Flügel der Partei angehört. Zu seinen Stellvertretern: Hans-Peter Brenner, Nina Hager und Wera Richter. Insgesamt, so wurde von einigen eingeschätzt, würde die Partei nun das „K“ mehr zu Recht im Namen

tragen als zuvor. Der neue Parteivorstand besteht aus Betriebsarbeitern, aus Angestellten, Intellektuellen, jungen Genossinnen und Genossen der SDAJ und erfahrenen Mitgliedern unserer Partei. N a c h d e m erstmals in der Geschichte der DKP eine kandidierende Vorsit-



Die neue DKP-Führung (v.r.): Hans-Peter Brenner, Wera Richter, Patrik Köbele, Nina Hager

rende nicht wiedergewählt und eine andere Richtung erreicht wurde, besteht nun die Mehrheit des Parteivorstandes aus Mitgliedern des neuen Kurses. Da nicht zuletzt wegen der langen Personaldebatte nicht alle Anträge behandelt werden konnten, wird der Parteitag an einem dritten Tag Ende Mai fortgesetzt. Michael Beltz

Als neuer Vorsitzender wurde Patrik Köbele mit 60% gewählt, der dem

ren. Umstritten war auch die Haltung zur sozialdemokratisch orientierten „Europäischen Linken“, in der die DKP einen Beobachterstatus hat; hier wurde die engere Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien angemahnt, die kompromißlos gegen jeden Krieg auftreten.

Als neuer Vorsitzender wurde Patrik Köbele mit 60% gewählt, der dem

Was ist los in Eritrea?

Vom 12. bis 14. Juli wird zum dritten Mal in Gießen (vorher jahrelang in Frankfurt) das Eritrea-Festival stattfinden. Eigentlich eine unspektakuläre Sache, bis der Grüne Grothe begann, gegen Eritrea zu hetzen, das er als „Schreckensregime“ und faschistische Militärdiktatur bezeichnete. Mit seiner Kampagne gelang es ihm, die – weitgehend uninformierten – Stadtverordneten dazu zu bringen, per Beschluß dieses Festival, das er als „regierungsnah“ bezeichnet, als unerwünscht zu erklären. Gießener Räumlichkeiten sollten dafür nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Den meisten Menschen ist Eritrea nach wie vor vollkommen unbekannt, objektive Informationen sind schwer zu bekommen.

Hilfsorganisationen wie z.B. medcare-eritrea.org (die auch von der Bundes-

regierung unterstützt wird) schildern das Land so: „In Eritrea gibt es keine Korruption, ein friedliches Nebeneinander von Christen und Muslimen, eine völlige Gleichberechtigung der Frauen, nur sehr geringe soziale Unterschiede, keinen Personenkult, ein gesetzliches Verbot gegen Beschneidungen von Frauen, die niedrigste Aids-Rate in ganz Afrika, eine allgemeine Schulpflicht, keine Gewalt und keine Drogen, Asmara ist die sicherste Stadt in Afrika...“

Dennoch fliehen Menschen aus Eritrea, meist wegen des Militärdienstes, der dort obligatorisch und hart ist, aber auch notwendig, weil das Land von Äthiopien nicht nur bedroht ist, sondern auch immer wieder angegriffen wird.

Es ist damit zu rechnen, daß Grothe mit seinem Anhang im Juli wieder

Spektakel veranstalten und das Festival mit seinen Truppen zu stören versuchen wird. Im vergangenen Jahr wurde dem Stadtparlament eine Resolution mit 1500 Unterschriften hiesiger Eritreer übergeben, die sich gegen den Beschluß wandte.

Im März folgte eine weitere Protestnote eines eritreischen Vereins aus Köln mit weiteren 140 Unterzeichnern.

Grothes bezeichnende Reaktion darauf: es gebe etwa 80 eritreische Vereine in Deutschland, von denen etwa 80% hinter dem Eritrea-Festival (und damit hinter der Regierung Eritreas) stehen. Was also ist wahr?

Die DKP will mit ihrer Veranstaltung am 16. April im Kerkrade-Zimmer der Kongreßhalle (s. Seite 8) versuchen, objektive Informationen über das Land zu geben.



¡Viva Cuba Socialista!

Dies ist das Motto unseres Cuba-Solidaritätsprojekts. Im Rahmen dessen werden wir im Sommer zwei Brigaden nach Havanna schicken. Diese werden bei dem Aufbau eines Zentrums zur Bildung revolutionärer Werte an der Universität den Menschen vor Ort kräftig unter die Arme greifen. Wir wollen auch von unseren Problemen im Kapitalismus berichten und mit den Menschen vor Ort ins Gespräch kommen. Außerdem wollen wir viele Materialien mitbringen. Um die Aula technisch auszustatten, benötigen wir z.B.: Beamer, Computer und eine Musik- und Lichtanlage. Dafür sammeln wir Geld- und Sachspenden. Aber wir wollen nicht nur vor Ort helfen, sondern auch hier über die Verhältnisse auf der sozialistischen Insel aufklären. Aus diesem Grund haben wir schon viele Veranstaltungen organisiert. So klärte Lien Alfonso Pérez am 15.03. in Frankfurt über Mitbestimmungsrechte des Volkes in Cuba auf und lies dabei das Demokratieverständnis der BRD ganz schön alt aussehen. Auch in Gießen wird im April (s. S. 8) eine Veranstaltung stattfinden, bei der es um die Cuban 5 gehen und der Rachefeldzug der USA gegen Cuba entlarvt werden wird.

In Cuba sollen ebenfalls zwei Wände gestaltet werden. Wir haben deswegen einen Kunstwettbewerb inszeniert, Ein-sendeschluss ist der 15. April. Die besten Gemälde sollen nicht nur verwirklicht, sondern auch mit tollen Preisen belohnt werden. Wer mit dem tollsten Bild gewinnt, wird kostenlos an unserer Brigade teilnehmen können und somit über drei Wochen den Sozialismus erleben dürfen. Nach der Rückkehr unserer Brigaden in die BRD werden sie überall von ihren Erlebnissen berichten und somit auch allen Menschen, die nicht nach Cuba fliegen können, einen Einblick in den Sozialismus geben und somit eine vernünftige Alternative zum Kapitalismus vorstellen.

„¡Hasta la victoria siempre!“

SDAJ-Gießen/Marburg.

Kunstwettbewerb: kunst.sdaj-netz.de
 Spendenkonto Nr.: 1004892000, BLZ: 10090000, Berliner Volksbank. Stichwort: Viva Cuba 2013. Weitere Infos unter: sdaj-netz.de/cuba. Die SDAJ trifft sich jeden Dienstag um 18:30 Uhr in Gießen oder Marburg (Ort auf Anfrage)
sdaj-giessenmarburg@gmx.de,
www.comandante.twoday.net oder
www.sdaj-hessen.de

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Probexemplar bzw. 10 Wochen Gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen,
 tel 0201-2486482, E-mail: UZAbot@t-online.de

www.unsere-zeit.de

Wir gratulieren unserem Freund und Mitkämpfer

Heinz Nagel zum 90.

Lieber Heinz, Du hast in Deinem langen Leben als stets überzeugter und überzeugender Kämpfer für Frieden gewirkt - ob als Mitgründer bei Kampf dem Atomtod, als Landesvorsitzender der DFU oder bei den Ostermärschen und bist Deiner Überzeugung treu geblieben. Jahrelang hast Du Dich als Sprecher des Komitees gegen die Berufsverbote eingesetzt und bist aktiv so lange es gesundheitlich geht. - Wir grüßen einen Lehrer mit den besten Wünschen vor allem Gesundheit!

Gießen, den 7. April 2013

Deutsche Kommunistische Partei

Leserbrief

Regierungslüge

Ich kann die Aufregung um den Armutsbegriff der Bundesregierung nicht verstehen. Ich hätte mich gewundert, wenn dieser anders ausgefallen wäre. Denn dieser Bericht ist eine Verhöhnung der Bürger. Das Ergebnis und die Leistungen dieser Regierung sind, daß die Armut (zuvor eingeleitet durch SPD und Grüne, was gerne vergessen) auf dem Vormarsch ist. Ich meine, die Bundesregierung ist die Lüge selber. Nach den Wahlen ist von SPD/Grüne auch nicht mehr zu erwarten. - Wie sagte Rosa Luxemburg zu Recht: „Könnten Wahlen etwas verändern, würde man sie verbieten.“ Uwe Moldenhauer



Jetzt sind am Marktplatz wiederum Sitzgelegenheiten verschwunden. Nachdem bereits die Stadtwerke vor ihren Fenstern die Bänke wieder entfernen ließen, um die Trinkerszene fernzuhalten, sind auch die um den Baum herum wieder abgebaut worden. Es bleiben die häßlichen Wartehäuschen, wo sich jeweils nur vier Menschen hinsetzen können.

Redaktionsschluß für das
 Mai-Echo: Do., 2.5.13

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

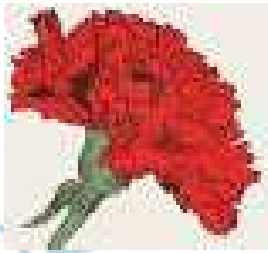
e-mail:

Veranstaltung

der **DKP** zum 1. Mai

**29. April 2013 um 20:00 Uhr im
Cafè Amelie, DGB Haus Gießen**

Begrüßung:
Helmut Appel



Mai Ansprache:
Patrik Köbele
Parteivorsitzender der DKP

Thema u.a.: Umfairteilen – Reichtum versteuern?

Kulturporgramm mit
Shake Hands (Gewerkschaftssongs und Folk)



Walltorstr. 17
35390 Giessen



DKP Gießen, Postfach 110226, 35347 Gießen, dkpgiessen@aol.com

Wir informieren über Eritrea

am Dienstag, dem 16. April, um 19.30 Uhr,
im Kerkrade-Zimmer, Kongreßhalle

Referent: **Alfred Mansfeld**, Wien, Präsident
der Österreichisch-Eritreischen Gesellschaft.

Unser Referent hat Eritrea mehrfach besucht und wird über das Land und seine Geschichte - auch anhand von Fotos - berichten. Wo liegt dieses Land überhaupt? Wie ist es entstanden? Wie sieht es dort aus? Auch Länder haben ihre Biographie. Nur die Kenntnis der Vergangenheit ermöglicht einen Zugang zur Gegenwart. Wir beschäftigen uns mit der Entstehungsgeschichte des heutigen Staates Eritrea in einem der dynamischsten Gebiete Afrikas.

Veranstaltung der DKP Gießen



DGB-Programm zum 1. MAI

11 Uhr, **Demonstration**

ab [Brandplatz](#) durch das [Nordviertel](#)

12 Uhr: **Kundgebung und**

Maifest auf dem [Kirchenplatz](#)

Eröffnung und Begrüßung: **Robert Wycislo**
(DGB-Kreisvorsitzender Gießen)

Mairedner: **Hannes Rosenbaum**

(Landesvorsitzender IG Bauen-Agrar-Umwelt)

Klaus Hanschur (Betriebsratsvors. UKGM, Gießen)

Informationen der im Arbeitskampf befindlichen Gewerkschaften

Musikalische Begleitung:

»**Shake-Hands**« – Beats und Traditionelles

Hüpfburg, Infostände der Gewerkschaften und befreundeter Organisationen, Speisen und Getränke

Heute die Griechen, morgen wir Europa verarmt seine Bürger Was tun?

Ein Abend mit Politik
und Poesie

Voll Zorn und Zärtlichkeit
gegen autoritäre
Krisenlösungen von
Oben

Mit dem Schauspieler

Rolf Becker



Montag, 22. April, 19 Uhr, Kongresshalle, Kl. Saal

Veranstalter:

Griechenland Solidaritätskomitee Gießen, ver.di Mittelhessen, IG Metall Mittelhessen, DGB Kreis Gießen, DGB-Jugend Mittelhessen, UmFAIRteilen-Bündnis Gießen

Liebe Leserinnen und Leser,

Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren und um Spenden!

Gießener Echo

Konto Nr. 193070, BLZ 51350025
Sparkasse Gießen

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns mit kleinen oder größeren Spenden unterstützt haben.

Veranstaltung der SDAJ

am Donnerstag, dem 18.4.,
um 19 Uhr Café Amélie Gießen
Ein Rachefeldzug der USA gegen
Kuba - politische Justiz mal fünf

 **5 Cubaner, seit 14 Jahren
unschuldig in US-Gefängnissen:**



Antonio



René



Ramòn



Gerard



Fernando